

Basel, 20. Oktober 2009

Medienmitteilung

BastA! sagt Ja zur Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“, Nein zur Initiative „gegen den Bau von Minaretten“ und Nein zur Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr.

BastA! hat im Hinblick auf die Abstimmungen vom 29. November 2009 folgende Parolen beschlossen:

Ja zur Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“: Das Ende des Kalten Krieges hat den weltweiten Rüstungswahn nicht gestoppt. Die globalen Militärausgaben haben 2008 mit über 1'400 Milliarden Dollar einen neuen Rekord erreicht. Und die Schweiz dreht an der Aufrüstungsspirale mit. Letztes Jahr hat die Schweiz Waffen im Wert von 722 Millionen Franken exportiert – soviel wie noch nie. Grösster Kunde der hiesigen Waffenindustrie war ausgerechnet Pakistan, das mit Indien in einem Konflikt um Kaschmir steht und in heftige Kämpfe mit den Taliban verwickelt ist. Im laufenden Jahr gehört Saudi-Arabien zu den grössten Abnehmern von Schweizer Waffen, ein Land, das für schwere Menschenrechtsverletzungen bekannt ist. Die Schweiz verstösst mit dieser Bewilligungspraxis für Waffenexporte gegen eigene Gesetze und Verordnungen, wie der offene Brief von 70 Rechtsprofessoren deutlich gemacht hat.

Mit einem **JA** zur Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ würde die Schweiz ein starkes Zeichen für den Frieden setzen und den Weg ebnen für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter. Die Initiative sieht vor, dass der Bund eine solche Umstellung in den betroffenen Regionen während 10 Jahren finanziell unterstützt. Das ist für die Rüstungsunternehmen eine riesige Chance, in ökologisch sinnvolle Technologien und Produkte zu investieren und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Verlust von rund 5'000 Arbeitsplätzen im Rüstungssektor könnte so mehr als wettgemacht werden. Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

Nein zur Initiative „gegen den Bau von Minaretten“. Das Plakat der Initianten macht deutlich, worum es ihnen geht: Sie verstärken Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung und schüren die Angst vor einer Islamisierung der Schweiz, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Wer so politisiert, gefährdet den inneren Frieden und missachtet Grundrechte wie die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot, beides Werte, die für das friedliche Zusammenleben im Vielvölkerstaat Schweiz grundlegend sind.

Nein zur Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr. Der Luftverkehr verursacht sehr grosse externe Kosten in den Bereichen Umwelt, Lärm, Klima und Gesundheit der Bevölkerung. BastA! würde es begrüssen, wenn bei der Luftfahrt das Verursacherprinzip umgesetzt würde. Dazu müsste aber in erster Linie eine Kerosinbesteuerung auch für internationale Flüge eingeführt werden, die dem Luftverkehr alle Kosten anlastet, die er verursacht. Davon ist die jetzt zur Abstimmung gelangende Vorlage weit entfernt. Der vorgesehene Spezialfonds ist nicht mehr als eine Alibi-Übung, um von den eigentlichen Problemen im Luftverkehr abzulenken.